

Aus Sturmtagen der katholischen Publizistik.

(II. Der „Fränkische Courier“ 1839—1841.)¹

Am 1. Juni 1838 hatte der bekannte Konvertit und Publizist Ernst Zander die Redaktion der „Neuen Würzburger Zeitung“ niederlegen müssen². Die preußische Regierung hatte nicht geruht, bis sie diesen gefährlichen Gegner, der ihr im Kampfe gegen den Kölner Erzbischof Klemens August so unbequem geworden war, beseitigt glaubte. Noch kurze Zeit hatte das Blatt die katholische Fahne hochgehalten. Seit Beginn des Jahres 1839 begannen seine Besitzer, veranlaßt durch die geldlichen Schwierigkeiten des Unternehmens, den Kurs langsam umzustellen. Die „Neue Würzburger Zeitung“ wurde wieder, was sie vor Zanders Eintreten in die Redaktion gewesen war: ein farbloses Lokalblatt.

Für die katholische Sache war das ein großer Verlust. Es hatten zwar seit 1838 die „Münchener politische Zeitung“ und bald darauf die „Augsburger Postzeitung“ eine entschiedene katholische Richtung im Zusammenhang mit der steigenden katholischen Bewegung angenommen; aber ihr Verbreitungsgebiet und Ansehen war doch noch recht bescheiden³. Zanders Organ hatte dagegen durch seinen scharfschneidigen Kampf gegen die Willkür der Regierungen in Norddeutschland, dem Hauptkampfplaz des Streites zwischen Kirche und Staat, eine außerordentliche Bedeutung gewonnen. Kein Wunder, daß man in katholischen Kreisen einen Ersatz für das verlorene Blatt ersuchte. Zander fing schon in den ersten Monaten des Jahres 1839 für eine Neugründung zu arbeiten an. Als die Schwenkung der „Neuen Würzburger Zeitung“ entschieden schien, griff auch der streng katholische Minister des Innern, Karl v. Abel, ein, der die Entwicklung der katholischen Presse in Würzburg mit Sorge dauernd verfolgt hatte.

In einem Antrag an den König vom 7. Juni 1839⁴ berichtete er Ludwig I., daß die von der Regierung unternommenen Schritte, in die Redaktion der „Neuen Würzburger Zeitung“ den „in seinen Gesinnungen bewährten“

¹ Die folgenden Ausführungen stützen sich der Hauptsache nach auf bisher unbenützte Akten. Über die Geschichte des „Würzburger Fränkischen Couriers“ war bisher nur wenig bekannt. A. Doeberl, der verdiente Erforscher der neueren bayrischen Kirchengeschichte, bemerkt, daß man sogar seine Feststellung über eine katholische Periode des Blattes in Zweifel gezogen habe. Er konnte sie aber in mehreren wertvollen Aufsätzen der Historisch-Polit. Blätter — vor allem 165 (1920) 197—215 neu erhärten. Einige Nachrichten bot schon vorher Karl Bachem in der vortrefflichen Geschichte der deutschen katholischen Presse, die er in die Biographie seines Vaters Josef Bachem hineingewoben hat. Mit großem Fleiß hat er alle erreichbaren gedruckten Nachrichten im ersten Band (Köln 1912) S. 227 ff. zusammengestellt. Viele Fragen mußten bisher unbeantwortet bleiben. Darauf geben die hier zum ersten Mal benützten Akten aus dem bayrischen Ministerium des Innern, die nun im Münchener Kreisarchiv lagern, unverhofft reiche Antwort. Benützt wurden aus den Ministerialakten die Gaskittel 1090 und 1085, aus den Bureauakten 1659/1976. Der Kürze halber sind sie im Folgenden bezeichnet als KA I, KA II und KA III. In den Gaskitteln sind die einzelnen Dokumente nach dem Datum geordnet.

² Vgl. den Aufsatz dieser Zeitschrift 106 (1923) 112—125.

³ In einem Schreiben vom 14. Mai 1842 an Abel gibt Graf Sagger-Blött die Beziehungszahl der „Augsburger Postzeitung“ auf 1200—1400 an. KA III.

⁴ KA I.

Dr. Congen zu bringen, gescheitert seien. Die Besitzer des Blattes, höchst wahrscheinlich von Preußen erkaufte, führten angeblich selbst die Redaktion; brächten aber in Wirklichkeit täglich Artikel eines in Frankfurt sitzenden protestantischen Preußen, dem von der Regierung die Aufenthaltserlaubnis in Bayern verweigert sei. Jetzt ergebe sich die „Aufgabe, für die katholische Sache ein neues tüchtiges Organ zu Würzburg zu erschaffen“. Der Minister vermag dem König auch bereits ihre Lösung mitzuteilen und die erste Ankündigung vorzulegen, nach der der „Fränkische Courier“ vom 1. Juli an in neuer Richtung und unter veränderter Leitung erscheinen wird. Großes Lob spendet dabei Abel dem Regierungsdirektor Stenglein in Würzburg, der bei den Verhandlungen aufs neue seine treffliche Gesinnung und Geschäftsgewandtheit bewiesen habe. In der Tat lagen die Verhältnisse äußerst schwierig. Da war zunächst die Geld- und Personenfrage zu lösen. Woher die Mittel nehmen zu einem Unternehmen, das in absehbarer Zeit kaum einen Gewinn abzuwerfen versprach? Aber schon war es Zander zum Staunen seiner Würzburger Freunde gelungen, die notwendigen Summen teils auf Borg, teils, wie er später immer wieder betont, unter Heranziehung seines eigenen Vermögens zusammenzubringen. Wahrscheinlich haben seine Gönner unter dem württembergischen¹ und rheinisch-westfälischen Adel² den größten Teil des Geldes, das Abel auf etwa 5000 Gulden veranschlagte³, zur Verfügung gestellt. Damit erwarb er den bisher liberalen „Fränkischen Courier“, der freilich ein rechtes Winkelblättchen gewesen sein muß. Ein Mitglied des Würzburger Katholikenkreises, der Mediziner Dr. Marcus, schildert die Verhältnisse in einem Brief an den trefflichen Regierungspräsidenten, den Grafen Alois v. Rechberg, vom 30. Mai 1839⁴; der „Fränkische Courier“ sei im Besitz einer armen Buchdruckerwitwe, die „durchaus keine Mittel, keine Lettern, keine Schnellpresse besitze“. Das alles verstand Zander rasch zu beschaffen. Die Expedition der Zeitung übertrug er der Buchhandlung von Moser & Voigt in Würzburg; Drucker und vorgeschobener Eigentümer blieb der bisherige Verlag von Becker.

Aber nun blieb die äußerst schwierige Frage des Schriftleiters. Auf der einen Seite kam als solcher nur Zander in Frage: er verfügte über eine gewandte Feder und, was noch wichtiger war, über Beziehungen nach auswärts. Wenn man auf Mitarbeit und weitere Geldunterstützung aus Norddeutschland und Württemberg hoffte, und ohne sie konnte das Unternehmen gar nicht bestehen, so durfte man nur darauf rechnen im Falle, daß Zander, der unter den Katholiken einen Namen hatte, an einflußreicher Stelle stand⁵. Dazu war der Journalist durch die Arbeit, die er bis dahin getan, tatsächlich Begründer und Eigentümer des neuen Blattes. Auf der andern Seite durfte

¹ Über Zanders Beziehungen zum württembergischen Adel folgt weiter unten Genaueres.

² 1842 war der rheinisch-westfälische Adel bereit, Zander 1000—1200 Gulden jährlich zu bezahlen für seine Mitarbeit an dem wieder zu beginnenden „Fränkischen Courier“. Denkschrift des Prof. Congen vom 31. Juli 1842. KA III.

³ Antrag vom 7. Juni.

⁴ Hst.-Pol. Blätter 165 (1920) 203 ff.

⁵ Als es sich 1842 darum handelte, den „Fränkischen Courier“ neu zu beleben, waren fast alle entscheidenden Stimmen gegen Zanders Verwendung dabei. Schließlich mußte man ihn doch beiziehen vor allem, damit er die nötigen Summen auftreibe.

er doch mit seinem Namen in keiner Weise nach außen hervortreten. Das hätte der Zeitung unweigerlich sofort ein Verbot in Preußen zugezogen, und das bedeutete den Ruin für das Blatt; der Verlust des preussischen Bezieherkreises hatte die „Neue Würzburger Zeitung“ schwer geschädigt. So blieb nur ein Weg, die Leitung dem Namen nach einem andern zu übertragen. Es scheint aber, daß sich in Würzburg keiner dazu hergeben wollte. Keiner mochte für die Ubertreibungen und Unflugheiten Zanders seinen Namen einsetzen, und jeder scheute es, mit diesem leidenschaftlichen und herrschsüchtigen Manne sich zusammenzutun¹. Da griff nun, dem Auftrag Abels entsprechend, der Regierungsdirektor ein. Er bewog den schon oben genannten Dr. Congen, einen Westfalen², der damals als Privatdozent an der Würzburger Universität Geschichte lehrte, die Redaktion zu übernehmen. Stenglein selbst schildert in einem Schreiben an den Innenminister, das für die Entstehung des neuen katholischen Blattes und für die Kennzeichnung der dabei beteiligten Personen sehr lehrreich ist, den Hergang. Abel fügte dieses Schreiben im Auszug dem Antrag an den König vom 7. Juni bei. Es heißt dort:

„Von Dr. Zander habe ich insofern eine bessere Meinung angenommen, als ich mich nunmehr überzeugt halte, daß es mit seiner jetzigen Richtung Ernst und letztere kein bloßer Aushängeschild ist. Bei der Stellung der Tagesliteratur mußte ich es als einen Gewinn ansehen, wenn sie dieses genialen Menschen bleibend versichert werden würde. Er hat gezeigt, was er, selbst entblößt von allen Mitteln, in der gedrücktesten häuslichen Lage — durch Energie zu leisten vermag, während ihn leider die Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit seines Charakters stets nur in Extremen sich bewegen läßt. Ich habe jede Gelegenheit benützt, ihm Mäßigung zu empfehlen und die Folgen seiner früheren Extravaganzen vor die Augen zu stellen. Mit der größten Offenheit gestand er mir dieses, ja noch mehr zu, als ich schon wußte, und versprach auf das heiligste, jeder Erinnerung Folge zu leisten. Bisher hatte er dies treulich gehalten, und mehrere öffentliche Schritte unterlassen, die zu weit geführt haben würden. Wird es mir aber gelingen, stets diesen Einfluß zu behaupten, solange ich zur Förderung des Unternehmens nichts bieten kann als eine passive Assistentz der Behörden, und er dadurch eine ganz unabhängige Stellung einzunehmen imstande ist? Ich müßte es in die Länge der Zeit bezweifeln. Könnte etwas für ihn geschehen, so würde es gewiß dem bayrischen Interesse zusagen, einen so brauchbaren und beweglichen Journalisten vom Gouvernement abhängig zu machen.“

Dann schildert der Regierungsdirektor, wie peinlich für Dr. Congen die Stellung als Redakteur sei, da er gegenüber der Leistung Zanders nichts einzusetzen habe als seinen guten Willen. Er empfiehlt, ihm eine Professur an der Universität zu verleihen, zumal ihm gerade eine gutbezahlte Gymnasiallehrerstelle in Baden angeboten worden sei. „Abgesehen, daß dieser gut denkende und gebildete junge Mann an sich jede Unterstützung verdient, würde es auch seine Stellung zu dem neuen Unternehmen und gegen Dr. Zander kräftigen.“ Dadurch könnte auch ein Teil des Redaktionshonorars dem neuen Unternehmen erspart werden; denn Congen sei bereit, im Falle seiner Anstellung auf jenes zu verzichten³.

¹ Das fühlt man deutlich aus den Briefen der Beteiligten: Abels, Stengleins usw., heraus.

² Martin Heinrich Theodor Congen, geboren 1807 zu Münster, wurde 1842 im Zusammenhang mit den Plänen zur Wiederaufnahme des „Frankischen Couriers“ ordentlicher Professor der Geschichte in Würzburg und 1855 Vorstand des Würzburgischen Kreisarchivs. 1837 gab er ein Werk über die Geschichtsschreiber der sächsischen Kaiserzeit heraus, dem später weitere geschichtliche Arbeiten folgten. Er starb 1881.

³ Er hatte während seiner Redaktionsführung gar kein Gehalt bekommen, wie er in einer Denkschrift vom 15. Januar 1842 erklärte. KA III.

Abel nahm sich dieser Anregungen Stengleins auf das wärmste an. Er beantragte und erreichte die Ernennung Congens zum außerordentlichen Professor der Enzyklopädie und Literärgeschichte in provisorischer Eigenschaft mit einem Gehalt von 600 Gulden jährlich. Für Zander hielt er eine Anstellung im öffentlichen Dienst für unangebracht, „teils wegen der früheren Vorgänge, teils aber wegen seines noch nicht hinlänglich bewährten, wenn auch nach allen Versicherungen gebesserten Charakters“. Er schlug vor, ihm widerrufliche Unterstützungen aus dem Dispositionsfonds des Innenministeriums, der mit bedeutenden Überschüssen abgeschlossen habe, zu gewähren. Am 8. Juni genehmigte Ludwig I. diese Anträge. Zander erhielt von nun an jährlich 500 Gulden Unterstützung. Sie wurden auch noch nach dem Eingehen des „Fränkischen Couriers“ im Jahre 1843 an Zander ausbezahlt¹.

Die Regierung gab darüber hinaus noch weitere Summen. In einem Bericht Abels an König Ludwig I. vom 15. Juli 1840² ist die Rede von einem Zuschuß von 2000 Gulden „ein für allemal“. Er muß dem Zusammenhang nach in diesen ersten Monaten dem „Fränkischen Courier“ zugewandt worden sein. Wahrscheinlich sind aber später doch noch andere Beiträge vonseiten der Regierung geleistet worden; denn Zander anerkennt in einem Schreiben vom 24. Dezember 1840 an Abel³, daß „bedeutende Zuschüsse durch des Ministers wohlwollende Verwendung für die Erhaltung des Blattes bewilligt worden seien“. Genauerer läßt sich aus den Akten leider nicht ermitteln.

Die amtlichen Anzeigen scheint die Regierung aber nicht sofort und vollständig dem „Fränkischen Courier“ übertragen zu haben⁴, machte aber den Würzburger Provinzialbehörden jegliche Unterstützung der Zeitung zur Pflicht⁵.

Zweifellos waren das wertvolle Hilfen, welche die Regierung dem neuen Unternehmen gewährte. Aber seine finanzielle Grundlage war trotzdem noch immer bedenklich schwach. In der Hauptsache blieb der „Fränkische Courier“ auf die Abnehmerbeiträge angewiesen. Aus Gründen, die weiter unten zu erörtern sein werden, gewann er nicht die erhoffte Verbreitung; viel über tausend Bezieher dürfte er schwerlich je erreicht haben. So war man in ständigen peinlichen Geldverlegenheiten. Ein kühner Ausweg wurde 1840 versucht.

Der Plan, der wohl von Congen ausgedacht war und bei günstigeren äußeren Verhältnissen eine Zukunft gehabt hätte, gibt ein anschauliches Bild von der traurigen Lage der Zeitung. Es handelte sich darum, das Unternehmen in eine Aktiengesellschaft zu verwandeln. Dr. Congen, der inzwischen die Redaktion an den Gymnasialprofessor Gockmann abgetreten hatte, überreichte am 1. Mai 1840⁶ dem Würzburger Stadtkommissariat eine gedruckte Einladung zur Bildung der Gesellschaft mit der Bitte um vorläufige Genehmigung des Unternehmens.

¹ Nach einem Briefe Zanders von 1843, den A. Doeberl, Hist.-Pol. Blätter a. a. D. 213 wiedergibt.

² KA II.

³ KA II.

⁴ Vgl. das Gesuch Zanders an Abel, die Behörden anzuweisen, alle Anzeigen im „Fränkischen Courier“ zu erlassen. Hist.-Pol. Blätter a. a. D. 208 f. Congen legt in seinem Gutachten vom 15. Januar 1842 großes Gewicht auf die Zuwendung der Anzeigen der Stadtgerichte und Forstämter, deren Ertrag er auf jährlich 800 Gulden schätzt, deren Bedeutung er aber vor allem in dem dadurch gesteigerten Ansehen der Zeitung sieht.

⁵ Ministerialschreiben vom 7. Juli 1839. KA II.

⁶ KA II.

In dieser Einladung zur Zeichnung von Aktien wird zunächst entwickelt, wie die Gegner der Kirche und konservativen Weltanschauung fast alle namhaften Zeitungen in ihren Besitz gebracht hätten. Der „Fränkische Courier“ sei das einzige bekannte politische Tageblatt von katholischer Gesinnung. Es besitze daher ausgezeichnete Verbreitungsmöglichkeiten. Auch habe es die besten Aussichten, gediegene eigene Korrespondenzen aus der ganzen katholischen Welt zu erhalten. Nur die Mittel fehlten, um das Blatt in würdiger Weise auszubauen. Nun stellt Congen die gegenwärtige Lage der Zeitung dar: danach hat sie zur Zeit rund 800 Bezieher, die eine Jahreseinnahme von 3680 Gulden einbringen; dazu kämen noch 1460 Gulden aus Anzeigen. Diesen Einkünften stünden etwa 12000 Gulden Auslagen gegenüber, so daß das Unternehmen im ersten Jahre mit einem Verlust von 5860 Gulden abschließe. Werde die Bezieherzahl auf 5000 gebracht, so könne mit einem Überschuß von mehr als 7000 Gulden gerechnet werden. Congen hält ein solches Anwachsen der Abonnenten durchaus für möglich bei dem Verbreitungsgebiet, das der einzigen deutschen katholischen Zeitung offen stehe. Er weist darauf hin, daß das „Frankfurter Journal“ bei viel geringeren Möglichkeiten 7000 Bezieher habe. Die Umwandlung des „Fränkischen Couriers“ in eine Aktiengesellschaft sollte die Mittel zu einem großzügigen Ausbau des Blattes liefern.

Im einzelnen schlägt der Prospekt nun einen recht niedern Aktienbetrag vor, damit möglichst weite Kreise ins Interesse der Zeitung gezogen würden. 400 Aktien zu je 100 Gulden sollten ausgeschrieben werden. Ein Ausschuß der Teilnehmer sollte über die Geschäftsführung der Gesellschaft wachen, von einem Einfluß desselben auf die Redaktion der Zeitung war jedoch nicht die Rede. Um aber die Zeitung in ihrer Richtung dauernd festzulegen, war vorgesehen, daß die Aktien auf den Zeichner lauten sollten und ohne Genehmigung des Ausschusses nicht verkauft werden könnten. Bei der Annahme der Zeichnungen sollte mit großer Zurückhaltung verfahren werden, damit nicht Unberufene in den Kreis der Aktionäre gelangten. Am Schluß der Einladung war mitgeteilt, daß bereits 34 Aktien in Würzburg gezeichnet seien ohne die 30 Aktien, die der bisherige Eigentümer — also wohl Zander, auf Grund der von ihm eingebrachten Werte — übernommen habe¹. Am 15. Juli legte Abel den endgültigen Antrag auf Genehmigung dem König vor. Ludwig I. setzte darunter am 18. Juli das für ihn so bezeichnende Signat: „Dieser Antrag genehmigt, doch behalte ich mir vor, auch gegen diese Zeitung einzuschreiten, z. B. den Debit auf der Post zu nehmen, das Privilegium zurücknehmen zu dürfen. Die ‚Neue Würzburger Zeitung‘ liefert einen Beleg von dem Wandelbaren der Richtung der Zeitschriften.“

Die Urheber dieser Umstellung des „Fränkischen Couriers“ hatten mit einem raschen und vollen Erfolg ihres Planes gerechnet. Congen bat in seinem ersten Gesuch an die Regierung um baldige vorläufige Genehmigung, „da zu erwarten stehe, daß die notwendige Anzahl von Unterzeichnern binnen ganz kurzer Frist beisammen sein werde“. In Wirklichkeit sind nur zweihundert Aktien eingezahlt worden. Sie wurden, wie Congen später mitteilte², vor allem „von eifrigen Katholiken des südwestlichen Deutschlands, namentlich Württembergs, uneigennützig zur Erhaltung der Sache“ gezeichnet. Der „bedeutendste Stimmenführer dieser Aktionäre“ war der Erbgraf von Waldburg-Zeil. Die katholischen Kreise Rheinlands und Westfalens müssen sich nach Congens Andeutungen kaum beteiligt haben. Das kann nicht wundernehmen, da der „Fränkische Courier“ bereits vor dem Auftauchen dieses Stützungs-

¹ In einem Briefe an Abel vom 22. Februar 1842 schätzt Zander die von ihm in die Zeitung gesteckte Summe auf 3900 Gulden. KA III.

² Im Gutachten vom 15. Januar 1842.

planes in Preußen verboten war. Congen erklärt die Zurückhaltung vieler gegenüber der Aktiengesellschaft daraus, daß es Zander gelang, auch nach der Umstellung des Unternehmens die alleinige Leitung der Redaktion und des Geschäfts zu behalten. Zweifellos verdankte er diesen Erfolg seinen Beziehungen zu dem württembergischen Adel und besonders zu dem Erbgrafen von Zeil¹. Es wäre aber besser gewesen, wenn es schon bei der Bildung der Aktiengesellschaft gelungen wäre, ihm wenigstens die geschäftliche Leitung zu entziehen. Er war bekannt als schlechter Rechner, und es ist nur allzu glaublich, was Congen mitteilt, daß die Tatsache seiner Oberleitung genügte, um „viele bemittelte und dem Unternehmen gewogene Katholiken hier und außerhalb des Landes“ mißtrauisch zu machen und zu veranlassen, den Beitritt zu der Gesellschaft abzulehnen².

Die neu einfließenden Gelder, etwa 15 000—17 000 Gulden, reichten nicht hin, um den „Fränkischen Courier“ aus seinen Schwierigkeiten zu befreien, geschweige denn einen großzügigen Ausbau der Zeitung durchzuführen. Als sie im Dezember 1841, zunächst freilich aus andern Ursachen, ihr Erscheinen einstellte, war die Summe längst verbraucht und drohten die größten Schwierigkeiten. Zander selbst gibt in seiner Schlußabrechnung an, daß das Unternehmen mit ungedeckten Schulden von nahezu 4200 Gulden abgeschlossen habe³.

Es kann kein Zweifel darüber sein, daß die Zeitung auch ohne äußere Einwirkung bei diesen Verhältnissen über kurz oder lang zusammengebrochen wäre. Eine der Hauptursachen ihres frühen Endes — darin hat Congen daher ganz recht⁴ — war die ungenügende geldliche Grundlage, auf der sie aufgebaut war, die für größere Schwierigkeiten und Sturmzeiten nicht ausreichte. Dazu kam dann noch die durchaus mangelhafte geschäftliche Leitung durch Zander. Aber damit sind nicht alle Gründe genannt. Daß das Blatt trotz allen guten Aussichten keinen größeren Aufschwung nahm, daß die Schwierigkeiten übergroß wurden, das ist die Schuld der bayrischen Regierung und der von ihr angeordneten Zensur.

Eine Zeitung wie der „Fränkische Courier“ konnte nur auf Verbreitung rechnen, wenn er seine kirchenpolitischen und religiösen Grundsätze offen und mit Schwung zu vertreten vermochte. Das erwarteten von ihm die Katholiken, auf deren Bezug er rechnete und angewiesen war. Das war auch der Eigenwert, den er in das brodelnde Geistesleben des Vormärz hineinwerfen konnte, der ihm selbständige Bedeutung verlieh. Wurde er zu einem Regierungsorgan der reaktionär-konservativen Richtung mit einem dünnen Aufguß von Religion zur Befestigung der Grundsätze vom beschränkten Untertanenverstand, dann war seine Rolle ausgespielt. Und gerade das letztere war doch wohl die Rolle, welche die Münchener Regierung ihm letzten Endes zumutete. Das geschah von dieser nicht in böser Absicht; denn Abel war aufrichtig katholisch und wollte für die Zeitung und die katholische Sache durchaus das Beste. Aber durch die ungeschickte Haltung in dem Pressestreit mit Preußen war Bayern in eine schiefe Stellung gedrängt worden, und die Übertreibung des

¹ Vgl. Doeberl in den Hist.-Pol. Blättern a. a. D. 210.

² Genau ebenso spricht sich Bischof Stahl in einem Briefe an Abel vom 10. Februar 1841 aus; Hist.-Pol. Blätter a. a. D. 208.

³ KA III.

⁴ Im Gutachten vom 15. Januar 1842.

monarchischen Prinzips, das bei den absolutistischen Neigungen des früher so für Freiheit begeisterten Königs immer mehr betont wurde, führte zu einer verhängnisvolleren Verfolgung aller Meinungsäußerungen, die von den Anschauungen des Herrschers abwichen. Leider besaß auch Abel nicht immer genug Selbständigkeit und Rückgrat gegenüber diesen Strömungen und den Zumutungen und Wünschen seines Herrn.

Es ist begreiflich, daß die Regierung nach den Erfahrungen mit der „Neuen Würzburger Zeitung“ den „Fränkischen Courier“ überwachte. Es ist auch verständlich, daß sie von ihm besonderer Gefolgschaft und Rücksicht sich versah. Aber sie ging doch über jedes Maß hinaus. Man hat über die Eingriffe Abels in die Presse nicht mit Unrecht bittere Klage geführt. Sie haben nicht zuletzt den Minister so unbeliebt gemacht und ihm den Ruf eines Urreaktionären eingetragen. Aber kaum eine andere Zeitung ist von der Zensur und von der Regierung so scharf beaufsichtigt und so eingeengt worden wie Abels eigene Gründung: der „Fränkische Courier“. Das zeigt ein Vergleich der Akten. Nur die Blätter der äußersten Linken in Bamberg und in der Pfalz haben ähnliche Drohungen und Strafen über sich ergehen lassen müssen. Diese Bevormundung und Einschnürung ließ die Zeitung nicht hochkommen und hat sie zusammen mit den Geldschwierigkeiten vorzeitig zu Grunde gerichtet.

Bevor wir uns aber dem Gebiet zuwenden, auf dem der Druck der Behörden für den „Fränkischen Courier“ am verhängnisvollsten werden sollte, den Fragen der Kirchenpolitik und insbesondere der preussischen Kirchenpolitik, sei ein kurzes Wort über die Anschauungen, die das Blatt in andern Staatsfragen vertrat, hier eingefügt. Das eine Gute haben die Eingriffe des Ministeriums doch gehabt, daß uns durch sie in den Akten noch einige Spuren von den politisch mißliebigen Meinungen der Zeitung erhalten geblieben sind, von der, wie es scheint, kein einziges vollständiges Exemplar mehr vorhanden ist¹.

In der Außenpolitik vertrat sie eine scharf antirussische Haltung; sie warnte vor dem alles verschlingenden Kolos im Norden und trat für eine Verständigung mit Frankreich ein — eine für ein hochkonservatives Blatt allerdings höchst auffällige Richtung. Offensichtlich wurde sie dazu gebracht, durch die Unterdrückung der katholischen Kirche in Polen. Mehrmals brachte sie Einzelschilderungen aus der Verfolgung. In München war man damit gar nicht einverstanden und rügte diese Haltung scharf², selbst die Mitteilungen über die den Katholiken zugefügten Ungerechtigkeiten wurden verboten und zwar mit einer Begründung, die zur Rechtfertigung jedes beliebigen Eingriffes der Zensur ausreichen dürfte: „daß solche Nachrichten auf ihre Richtigkeit nicht geprüft werden könnten“. Das bayrische Außenministerium beeilte sich, die dem „Fränkischen Courier“ erteilten Verweise der Petersburger Regierung zur Kenntnis zu bringen, was ihm vonseiten des Grafen Nesselrode, des Leiters der auswärtigen Politik Russlands, verbindliche Worte eintrug, bis schließlich der bayrische Gesandte selbst vor weiteren Mitteilungen warnte, da sie bei dem Zaren noch ernste Bedenken gegen Bayerns politische Zuverlässigkeit wecken könnten³.

¹ Doeberls Nachforschungen nach der Zeitung blieben ergebnislos. Daß seine Vermutung über die Aufbewahrung der Zeitung in Stuttgarter Archiven wohl kaum zutreffen dürfte, möchte durch die Ausführungen über Würtemberg, die unten folgen, sich ergeben.

² So am 4. November, 30. Dezember 1839, 2. und 6. Januar 1840 usw. KA II.

³ Abschrift seines Schreibens vom 21. Januar 1840 in KA II.

In dem damals wieder lebhaft gewordenen Streit zwischen Belgien und Holland um die Zugehörigkeit von Luxemburg trat der „Fränkische Courier“ für Belgien ein. Auch hier werden konfessionelle Gründe bestimmend gewesen sein. Das war aber ganz gegen die deutsche Gesinnung König Ludwigs, der das zum Bunde gehörige Land auf keinen Fall an Belgien und damit unter französischen Einfluß kommen lassen wollte. Als nun auch noch der mächtige Metternich wegen dieser Stellungnahme des „Fränkischen Courier“ sich in München beschweren ließ, erging ein scharfer Tadel nach Würzburg, daß man solche Artikel, die für das Prinzip der Trennung deutscher Stämme und ganz undeutsch seien, unbeanstandet habe drucken lassen¹.

Im übrigen scheint die Zeitung zu Osterreich gute Beziehungen gepflegt zu haben. Der preußische Gesandte in München, v. Dönhoff, berichtet wenigstens mit unverkennbarer Erbitterung am 13. Februar 1840 nach Berlin, daß der „Fränkische Courier“ ohne Zwischentreten der bayrischen Regierung die Erlaubnis der freien Verteilung in allen Ländern der Donaumonarchie erhalten habe, eine Vergünstigung, die sonst nur selten und schwer erteilt werde. Die Zeitung erhielt sogar gelegentlich offiziöse Mitteilungen aus Wien. Einen Fall dieser Art berichtet Dönhoff in der gleichen Depesche, und wohl nicht mit Unrecht vermutet er, daß Jarcke bei dieser Inanspruchnahme des „Fränkischen Couriers“ den Vermittler gemacht habe².

Aus deutschen Bundesstaaten trafen oft Beschwerden gegen die Zeitung ein, wenn sie staatliche Maßnahmen bemäkelte hatte. Die Entschiedenheit, mit der diese dann von der bayrischen Regierung erledigt wurden, war verschieden und hing wohl von den Beziehungen ab, wie sie im übrigen zwischen Bayern und dem betreffenden Lande obwalteten. Für die Begutachtung von Artikeln über die Verhältnisse des Adels und der katholischen Kirche in Württemberg erhielt der Zensor am 28. September 1841 auf Anfrage die Anweisung³, daß solche Aufsätze zu dulden seien, solange die Sprache in den gehörigen Schranken bleibe und die bestehenden Bestimmungen beobachtet würden. Wenn gerade gegen Ende des Jahres 1841 Artikel über Württemberg vorlagen, die dem Zensor Sorge machten, so hingen sie wohl zusammen mit der Bewegung zur Befreiung der katholischen Kirche des Landes aus der unwürdigen Staatsbevormundung; gerade damals setzte diese ein und führte wenige Wochen später zu der bekannten Motion des Rottenburger Bischofs v. Keller vor der Stuttgarter Kammer. In den Kampf, der nun entstand, hat der „Fränkische Courier“ kaum noch eingreifen können, da er ja bald darauf zu erscheinen aufhörte; und so haben die katholischen Kreise Württembergs, die zum Entstehen der Zeitung so freigebig beigetragen hatten, von ihr wahrscheinlich nur wenig Hilfe gehabt. Die Anweisung an den Zensor vom 28. September 1841 ist nämlich der einzige Fall, in dem Württemberg in den weitschichtigen Akten des „Fränkischen Couriers“ erwähnt wird, ein fast sicheres Zeichen, daß die traurigen kirchlichen Zustände des Landes und die Klagen des Adels gar nicht oder nur maßvoll und vorsichtig von dem Blatte berührt worden sind; man müßte denn annehmen, daß die württembergische Regierung ganz im Gegensatz zu den andern Regierungen Deutschlands die Äußerungen der Zeitung unbeachtet gelassen und das sonst so wachsame Auge im Münchener Ministerium des Innern über Angriffe auf das Nachbarkönigreich weitherzig hinweggesehen habe.

Preußen hat den Kampf gegen den Courier jedenfalls mit Entschiedenheit aufgenommen, und die bayrischen Behörden in Würzburg und München haben nicht viele Umstände gemacht, wenn auch nur leise Kritik an preußischen Zuständen geübt wurde. Die Akten geben reiches Material zur Kenntnis des

¹ Erlass vom 26. August 1840. KA II.

² Berichte des preußischen Gesandten von 1840 (Berliner Geheimes Staatsarchiv Bay. Rep. 1 Nr. 98). ³ KA II.

ungleichen Kampfes, den der „Fränkische Courier“ um freies Wort und damit um sein Bestehen führte, und entrollen traurige Bilder von der Vergewaltigung, die auch ein katholisches Blatt in einem katholischen Lande von einer bewußt katholischen Regierung im Vormärz erfahren konnte. Sie zeigen auch einmal anschaulich den Kleinbetrieb der Zensur, wie er vor 1848 im Schwange war.

Sobald Abel über den Wechsel in der Richtung des „Fränkischen Couriers“ sichere Nachricht hatte, erging auch sofort am 4. Juni 1839 ein Ministerialschreiben nach Würzburg¹, worin dem Zensor im blumigen Kanzleistil, wie er sich so häufig in den Erlassen dieses Ministers findet, besondere Umsicht bezüglich der Zeitung anheimgegeben wurde, „damit nicht auf der einen Seite dieses Blatt, welches ... alle Beförderung zu verdienen scheint, durch unbedachte Zensurstrenge in der Wiege erdrückt werde — auf der andern Seite aber auch nicht durch eine den klaren Allerhöchsten Vorschriften zuwiderlaufende Nachsicht neue begründete Beschwerden des Königlich Preussischen Hofes hervorgerufen und kompromittierende Verwicklungen veranlaßt würden“.

Dann gab der Minister die Norm, nach der die Zeitung zu redigieren und zensieren sei, es ist die Norm, die sich bei der Überwachung der „Neuen Würzburger Zeitung“ bereits bewährt hatte, da sie der Zensur und dem Ministerium jeden Eingriff gestattete. Das Schreiben sagte weiter: „Beseitigung aller Persönlichkeiten und leidenschaftlichen, namentlich der sarkastischen Ausfälle, dann besonnene Beschränkung auf freimütige aber ruhige Mitteilung der Tatsachen und Beleuchtung der Grundsätze werden die Redaktion von jedem Konflikte mit der Zensur bei umsichtiger Ausübung der letzteren bewahren.“ Kaum war diese Anweisung fort, da folgten weitere ähnliche Erlasse. So hieß es in einem Schreiben an die Würzburger Regierung vom 7. Juli², „man solle Congen in seinem Streben, die Rechte und Interessen der Kirche zu vertreten, allen möglichen Vorschub gewähren“. Dann kam wieder das Aber: Da aber seine kurz vor der Übernahme der Redaktion erfolgte Ernennung zum Professor „im Auslande besondere Aufmerksamkeit“ erregen könnte, solle man „ihm auf das bestimmteste eröffnen, daß die Vertretung der Rechte und Interessen der Kirche nicht in Wiedereröffnung einer aufreizenden Fehde gegen die Königlich Preussische Regierung durch fortgesetzte Aufnahme hostiler und Bitterkeit erregender Artikel bestehe, und daß die Wiederaufnahme der kaum beruhigten Spannungen und die Hervorrufung retorsiver Angriffe in den preussischen Zeitungen dem Allerhöchsten Willen S. M. des Königs schnurgerade zuwiderlaufe“.

Zensor der Zeitung war zunächst der Stadtkommissar von Würzburg, Regierungsrat Wiesend, ein Mann, der nach seinen gelegentlichen Äußerungen dem katholischen Kreise in Würzburg nicht fremd gegenüberstand³, der sich einen klaren Blick und geraden Sinn bewahrt hatte. Er wagte es auch, dem hohen Ministerium in den zahllosen Verantwortungsschreiben, die ihm aufgelegt wurden, oft in köstlicher, von dem übrigen Amtsstil erfreulich abweichender Frische seine eigene Meinung auszusprechen. Gar schnell wurden ihm die Hände gebunden.

¹ KA II.² KA II.³ Der stellvertretende Regierungsdirektor Schreiber führt in einem Bericht vom 5. September 1839 aus, daß Wiesend „Congens Ansichten teile und ihm volles Vertrauen schenke“.

Seine Führung der Zensur erregte nämlich schon bald die Mißbilligung des Ministers. Am 30. Juli¹ erhielt er seine erste Erinnerung, strenger zu verfahren, und von nun an kamen die Rügen des Ministeriums gegen Zensor und Zeitung in fast blinder Regelmäßigkeit und mit steigender Schärfe. Am 5. August² hieß es z. B., daß der „Fränkische Courier“ mehrfach Artikel enthalten habe „mit der Tendenz gegen die Königlich Preussische Regierung, Bitterkeit, Haß und selbst Aufregung zu erzeugen, ein Verhalten, das dem ausgesprochenen Allerhöchsten Willen S. M. des Königs schnurgerade entgegen und als höchst verwerflich und strafbar durch mehrfache Weisungen — bezüglich des ‚Fränkischen Couriers‘ insbesondere aber bereits durch die speziellen Weisungen vom 7. und 30. v. M. auf das entschiedenste zurückgewiesen und verpönt worden sei“. Dann wird die Regierung und der Zensor aufgefordert, sich zu verantworten, und dem Regierungsdirektor selbst eine Strafe von 100 Dukaten salvo regressu contra quemcumque für jeden Wiederholungsfall angedroht.

Regierungsdirektor Stenglein war beim Eintreffen dieses Erlasses in Urlaub. Sein Stellvertreter versprach die strengsten Maßregeln³. Er fügte bei, „daß die anstößigen Artikel aus der Feder des bekannten Dr. Zander zu fließen schienen, dem es schwer werde, sich in den gegebenen Schranken zu bewegen, und dessen Artikel, nehme man ihnen die Galle, oft zur leeren Schale würden“.

Bis dahin war es also gelungen, den Anteil Zanders an dem „Fränkischen Courier“ selbst vor der Würzburger Regierung geheim zu halten. Die Strenge, mit der der Minister auftrat, wurde nun für deren eifrige Beamtenschaft zum Anlaß, Zander und die Zeitung genau zu überwachen, und es entbehrt nicht der Komik, wenn bald darauf ein Bündel mit Belegen nach München abging, die den Beweis erbrachten, daß Zander nicht bloß Artikel für das Blatt schreibe, sondern sogar als der tatsächliche Leiter auftrete⁴.

Waren die Anstände des Ministers gegen die Zeitung aber wirklich berechtigt? Regierungsdirektor Stenglein, der Mann von Abels Vertrauen, ein durchaus aufrechter, vornehmer Charakter, hat in seiner Verantwortung eine vernichtende Kritik an dem Erlaß des Ministeriums geübt.

In diesem sehr eingehenden Schriftstück, das er, vom Urlaub zurückgekehrt, am 23. September absandte⁵, führte er aus: nach den Ministerialerlassen sei die freie Besprechung der katholisch-kirchlichen Fragen gestattet, wofür alles Aufreizende vermieden werde. Er habe stets darüber gewacht, daß keine Artikel aufgenommen worden seien, die in Schmähungen und Angriffen gegen die geheiligte Person des Monarchen ausarteten oder bei den Katholiken Aufregung zu erzeugen geeignet wären, wie dergleichen Artikel hin und wieder den Spalten der „Neuen Würzburger Zeitung“ nicht fremd geblieben seien. „Mehr vermochte und vermag ich nicht zu leisten und kann weder Zeit noch Beruf finden, ohne weitere Einwirkung auf die Redaktion des ‚Fränkischen Couriers‘ zu üben. Die ganze Frage des Tages ist durch das Verfahren des preussischen Gouvernements gegen die katholische Kirche und ihren Klerus hervorgerufen. Soll

¹ KA II.² KA II.³ Schreiben vom 8. August 1839. KA II.⁴ Der Begleitbrief des stellvertretenden Direktors Schreiber, ganz im Tone der Erlasse Abels, erklärt, daß der „Fränkische Courier“ die alte gefährliche Art der „Neuen Würzburger Zeitung“ übernommen habe und Congen ein Verbreiter „revolutionärer Tendenzen“ sei.⁵ KA II.

diese Frage frei besprochen werden, so vermag ich die Möglichkeit nicht einzusehen, wie ein Tadel der ergriffenen Maßregeln, eine Mißbilligung der Handlungsweise einzelner Behörden und Beamten in denjenigen Journalen vermieden werden kann, welche die Vertretung der katholischen Kirche zu ihrer Aufgabe gemacht haben. Der „Fränkische Courier“ ist in dieser Richtung als Tendenzblatt aufgetreten: wird derselbe als ein für den bezeichneten Zweck neu entstandenes Institut und nicht als eine bloße Fortsetzung der „Neuen Würzburger Zeitung“ in ihrer früheren Gestalt betrachtet, so ist nach meiner Überzeugung der Standpunkt des Tadelns noch niemals überschritten worden, und es dürfte kein Artikel aufgefunden werden, welcher sich bis zu einem Grade der Bitterkeit und des Hasses gegen das preussische Gouvernement vergessen hat, daß eine selbständige Einschreitung dagegen gerechtfertigt erscheinen könnte.“ Dieses Urteil dehnt dann Stenglein noch ausdrücklich auf einen Artikel aus, der in besonderer Weise das Mißfallen des Ministeriums erweckt hat, und bittet um genauere Antwort, „wo die freie Diskussion in der obschwebenden kirchlichen Frage sich schließe und ein Artikel als unzulässig wegen Tadelns von Regierungsmaßregeln betrachtet werden solle“. Wenn man auch sage, daß diese Schranken in den Verfügungen genau bezeichnet seien, so wolle er doch „freimütig bekennen, daß er diese subtile Grenzlinie in einer Sache nicht aufzufassen vermöge, welche die Bahn allgemeiner, wissenschaftlicher Erörterung längst verlassen habe“¹. Dann wendet der mutige Mann sich scharf gegen die vom Ministerium angedrohten Maßnahmen bei weiteren Mißgriffen dieser Art, die er in langen Ausführungen als ungerecht und verfehlt erweist, und verteidigt mit beredten Worten den Zensor und Redakteur, die in der vorläufigen Antwort der Regierung vor seiner Rückkehr ungerecht verdächtigt worden seien. Von Congen sagt er dabei, daß er ihn stets als einen ganz ehrenwerten Charakter erkannt habe, welcher dem König, dem monarchischen Prinzip und den bestehenden Institutionen innigst ergeben sei; schon in seiner Eigenschaft als Ministerialkommissar der Universität dürfe er den Professor nicht mit dem Vorwurf einer aufregenden und revolutionären Tendenz belegen lassen. In seiner Dienstespflicht fühle er sich gedrungen, diese Beschuldigung als unrichtig zu bezeichnen.

Wenige Tage vorher, am 16. September, hatte auch Congen in einer sehr umfangreichen Eingabe² an den König zu dem Verhalten der Zensur Stellung genommen.

Er dankte zunächst für das besondere Wohlwollen, das der Zeitung durch die Regierung zugesichert worden sei. Fünf Wochen lang habe sie sich desselben auch wirklich zu erfreuen gehabt, „in den letzten sechs Wochen sei systematisch und entschieden gerade das Gegenteil geschehen“. Sehr ernst bestritt er dann irgendwie die Grenzen einer rechtmäßigen Verteidigung der Kirche durch Heftigkeit und Leidenschaftlichkeit überschritten zu haben. Trotzdem werde das Blatt in einer Weise drangsaliert, die ihm „nicht allein die Möglichkeit einer freien Konkurrenz mit andern Blättern nehme, sondern besonders und vor allem die religiöse Tendenz desselben so gut als aufhebe und also die Basis, auf welche es begründet sei, ändere und zerstöre“. „Das müsse zum Untergang des mit so großen Opfern und Verbindlichkeiten begonnenen Werkes in Kürze führen.“ Dann zählte der Redakteur einzeln die Plackereien auf, denen man das Blatt unterworfen, wie alle Originalartikel über Preußen und alle Aufsätze religiösen Inhalts schon am Tage vor dem Druck im Manuskript vorzulegen seien, wie der Druck des Blattes erst beginnen dürfe, nachdem ein erster Abzug vom Zensor das Imprimatur erhalten habe, wie alle fremden Journale durch die Post erst der Zensur vorgelegt

¹ Abel empfand gelegentlich Ähnliches selbst. So schrieb er am 4. Juni 1839 nach Würzburg: „Es ist eine unlösliche Aufgabe, den Zensoren der Tagesblätter so bestimmte Normen ihres Verhaltens vorzuzeichnen, daß dieselben darin für die Beurteilung eines jeden einzelnen Falles eine genau maßgebende Vorschrift zu finden vermögen.“ KA II. ² KA II.

werden müßten, ehe sie der Redaktion verabsolgt würden¹, wie dadurch zum Schaden für den Ruf des Blattes alle Nachrichten um einen Tag zu spät gebracht werden könnten².

Dann kommt Professor Congen auf die Zensur selbst; er nennt sie „der katholischen Tendenz des Blattes nur zu sehr entgegengesetzt“ und belegt dieses Urteil mit einigen Proben aus der Tätigkeit der Würzburger Zensur. Acht Fälle legt er vor und behauptet, daß er noch viele ähnliche Fälle anfügen könnte. Es sind in der Tat unglaubliche Leistungen; da werden Nachrichten, die aus nichtkatholischen Blättern übernommen waren, Aufsätze, die in preussischen und Münchener Zeitungen unbeanstandet hatten erscheinen können, zurückgewiesen.

„Daß solche Zensurübung“, so faßt Congen das Ergebnis zusammen, „die Redaktion endlich entmutigen und dahin bringen mußte, von der Vorlage von Aufsätzen, die religiöse Angelegenheiten betrafen, beinahe ganz abzustehen, um vergebliche Schwierigkeiten zu vermeiden, lag in der Natur der Sache. Nicht minder natürlich war es auch, daß ihr nun von allen Seiten Vorwürfe gemacht würden, als ob sie lau und indifferent gegen das Interesse der katholischen Kirche, das sie zu vertreten versprochen, geworden, oder gar nach dem Vorgange anderer Blätter, sich den Gegnern des Katholizismus verkauft habe.“ Der Redakteur schließt nach weiteren Ausführungen dieses Gedankens mit der dringenden Bitte, „nebst der Abstellung der Vegetationen, solche Zensurinstruktionen zu erlassen, welche die wirkliche Vertretung der katholischen religiösen Interessen und die wirkliche Verfechtung katholischer Überzeugungen möglich machen“. Lehrreich für die Geschichte der Zeitung ist dann der Schlußsatz: „Die Nachteile, welche für den ... ‚Fränkischen Courier‘ aus dem Zensurverfahren der letzten sechs Wochen erwachsen sind, übersteigen um so mehr alle Berechnung, da das Blatt, eben erst im Aufschwunge begriffen, durch alle die angeführten Verfügungen beinahe schon (ita!) wieder zu Boden gedrückt worden ist und seinen kaum gewonnenen Kredit im Publikum ohne eigene Schuld bereits wieder zerstört sieht.“

Fast die gleichen Gedanken wiederholte der Redakteur in einem Schreiben an den Zensor Wiesend vom 8. November³. Aber hier hat seine Verstimmung schon einen höheren Grad erreicht; er kündigt an, daß er die Leitung des Blattes, die er nur auf dringende Forderung übernommen, einer geschickteren Hand übergeben müsse; denn ihm sei es unbegreiflich, wie eine warme Vertretung der mit den konservativen Grundsätzen so eng verbundenen Interessen unserer heiligen Kirche Allerhöchsten Ortes solches Mißfallen ihm zugezogen habe.

Stenglein und Congen haben von Anfang an den Kern der Schwierigkeiten richtig herausgefühlt. Das Ministerium wollte Unmögliches: Man konnte nicht die Kirche verteidigen, ohne anzustoßen.

Ein Urteil über den „Fränkischen Courier“ eigener Art hat auch der preussische Gesandte, Graf v. Dönhoff, gefällt, der einst die „Neue Würzburger Zeitung“ so unerbittlich verfolgt hatte. Er hatte lange das Blatt unbeachtet gelassen — ein starker Beweis dafür, daß die Artikel desselben keine heftigen Ausfälle gegen Preußen enthielten. Die erste Erwähnung in den Gesandtschaftsberichten

¹ In dem Bericht des stellvertretenden Regierungsdirektors vom 5. September 1839 sind die auswärtigen Zeitungen genannt, die die Redaktion bezog: *Sémaphore de Marseille*, *Gablignanis Messenger*, *Journal des Débats*, *L'Univers*, *Le Sud*, *Le Commerce*, *Gazette de France*.

² Diese von dem stellvertretenden Direktor angeordneten Quälereien wurden wohl bei der Rückkehr Stengleins aufgehoben. Es waren beliebte Waffen gegen mißliebige Blätter. Sie wurden auf Abels eigenen Befehl am 7. Juni 1839 auch sofort über die „Neue Würzburger Zeitung“ verhängt. KA I.

³ KA II.

findet sich im Februar 1840 und ist ohne Schärfe. Wiewohl der Gesandte mit Vorliebe und eingehend über die Bestrebungen der sog. Kongregation und der Ultramontanen in Bayern nach Berlin berichtete, dauerte es ein Jahr, bis zum März 1841, ehe er wieder auf den „Fränkischen Courier“ zu sprechen kam¹.

Wie aber stellte sich Minister v. Abel zu den Schreiben Stengleins und Congens? Eine Antwort darauf ist in den Akten nicht vorhanden. Vielleicht ist es ihnen aber doch zuzuschreiben, daß der Minister die angedrohte Bestrafung des Regierungsdirektors zunächst nicht vollzog und mehrfach wieder betonte, daß eine leidenschaftslose Behandlung der kirchenpolitischen Fragen nicht verwehrt werden dürfe. Im übrigen blieb alles wie bisher. Auch bei Klagen des Blattes, die doch gewiß sehr berechtigt waren, wie beim Vorgehen Preußens gegen Bischof Laurent, bei dem preußischen Verbot des Besuches des Germanikums, erfolgten doch scharfe Rügen². Diese Zurechtweisungen der Regierung, des Zensors und Redakteurs nahmen manchmal unerhörte Formen an. Für den Artikel über Bischof Laurent, der mit der besonders gerügten Folgerung schloß, daß die neuen Gegner der Kirche wie die früheren in den Staub sinken würden, ordnete der Minister sofortige Bestrafung der Redaktion an.

Der Regierungspräsident Graf Lerchenfeld antwortete spitz³, daß er von einer Ausführung des Befehles Abstand genommen, da der Redakteur bei einer solchen Einschreitung die Leitung des Blattes aufgeben und das Blatt in seiner bisherigen Tendenz aufhören werde, „ein Fall, für dessen Abwendung der Unterzeichnete auch dann nicht bürgen möchte, wenn die Zensur von nun an notgedrungen alle Artikel streicht, welche mehr als verbürgte Tatsachen enthielten“. Der Zensor Wiesend bemerkte in seiner Rechtfertigung⁴ nicht minder deutlich, der Artikel über Laurent „sei veranlaßt durch einen Artikel der ‚Preussischen Staatszeitung‘, welcher den süddeutschen Katholiken den Verstand abspreche und zu Widersehung gegen den Apostolischen Vikar in den Hansestädten antreibe, er habe das Imprimatur nach Entfernung einiger scharfer Stellen erteilt. Der Artikel enthalte bekannte Wahrheiten und könnte von jedem Zensor genehmigt werden“. Rücksichtlich der ihm angedrohten Geldstrafe antwortete er boshaft u. a.: daß er seit acht Jahren in seiner Würzburger Stellung, um standesgemäß leben zu können, schon jährlich 600 fl. aus eigenem zusehen müsse.

Congen, des ewigen Kampfes müde, legte am 1. März die Redaktion nieder⁵. An seine Stelle trat Dr. Goshmann, Assistent am Würzburger Gymnasium; Abel nennt ihn in einem Bericht an den König vom 15. Juli einen höchst verlässigen und der katholischen Sache sehr ergebenen Mann.

¹ Zander selbst glaubte den „Fränkischen Courier“ so geleitet zu haben, daß er wagen dürfe, mit seinem eigenen Namen hervorzutreten. In einem Briefe an Abel von 1840 glaubt er die vielleicht noch in Preußen gegen ihn bestehenden Schwierigkeiten durch eine Erklärung in seinem Blatt beseitigen zu können. Damit könnte man dann auch den ganz unnützen Gehalt von Dr. Goshmann in der Höhe von 264 Gulden ersparen. Hist.-Pol. Blätter a. a. D. 209.

² Erlasse vom 8. bzw. 11. Januar 1840. KA II.

³ Verantwortung vom 14. Januar 1840. KA II.

⁴ Vom 14. Januar 1840. KA II.

⁵ Antrag Abels vom 15. Juli 1840. KA II.

Aber auch ihm ward keine Freiheit gegeben, schwungvoll werbend die katholische Sache zu vertreten. Im Gegenteil, die Verhältnisse sollten nun erst recht schwierig werden. Ein erstes Zeichen, daß die Münchener Regierung ihren Kurs nicht zu ändern gedachte, war die Absetzung des Stadtkommissars Wiesend als Zensors unter dem Ausdruck des Allerhöchsten Mißfallens wegen seiner nachlässigen Amtsführung. Sie erfolgte am 19. März 1840¹.

Der ursprüngliche Mann schloß seine Zensorentätigkeit mit einer langen „Entschuldigung an das Regierungspräsidium“ vom 24. März, die in die für die Geschichte der vormärzlichen Zensur denkwürdigen Worte ausklang: „Über allen Zweifel aber dürfte feststehen, daß mit dem Amte eines Zensors kein Amt in der Welt verglichen werden kann. Was der Zensor streicht, über das wächst das Grab, was er stehen läßt, bringt ihn ins Grab. Ein Zensor kann kein Verdienst haben, er kann nur fehlen. Auf das, was man persönliche Freiheit nennt, muß er absolut verzichten; denn jede Stunde des Tages kettet ihn an seine Funktion, ja selbst jede Stunde der Nacht, da z. B. das „Bayrische Volksblatt“ 1832 mir jedesmal nachts gegen 11 Uhr zur Zensur gebracht und nicht selten der Kampf mit den Journalisten bis zum anbrechenden Morgen fortgesetzt worden.“

Die Absetzung Wiesends war für den „Fränkischen Courier“ ein harter Schlag. Um dieselbe Zeit wurde auch noch der wackere Regierungsdirektor Stenglein versetzt. Zander hat sein Scheiden mit Recht noch oft bedauert². Aber noch schlimmer war für die Zeitung das Verbot in Preußen, das Anfang April in Kraft trat³. Es ging nicht von der preußischen Gesandtschaft in München aus. Anlaß war wohl vielmehr die öffentliche Anklage auf Verletzung des Briefgeheimnisses, die der „Fränkische Courier“ in der Nummer vom 7. Januar in einer sehr hämischen Form gegen die preußische Post erhoben hatte. Der Vorwurf, der zu langen diplomatischen Verhandlungen zwischen Preußen und Bayern führte⁴, war nach den von der Redaktion vorgelegten Beweisen zweifellos berechtigt. Der Brief ist in Aachen geöffnet worden. Der preußische Generalpostmeister v. Nagler wollte die Belege aber nicht als genügend anerkennen und verlangte öffentlichen Widerruf und Bestrafung. Nur durch das Eingehen der Zeitung wurde der Streitfall erledigt.

Die Folge dieses Zusammenstoßes war, daß Preußen den Kampf gegen den „Fränkischen Courier“ nun begann. Schon im April 1840 warnte der bayrische Gesandte in Berlin, Graf v. Lerchenfeld, in einem privaten Schreiben an König Ludwig vom 11. April vor einer Wiederaufnahme des Preßstreites mit Preußen⁵. Das richtete sich unzweideutig gegen den „Fränkischen Courier“. Im Oktober und Dezember gelangten dann Verbalnoten des preußischen Außenministers v. Werther an den Grafen v. Lerchenfeld, in denen der Minister sich über mehrere Artikel des „Fränkischen Couriers“ gegen hermesianische Geistliche in bitteren Wendungen beschwerte⁶.

Es ist nicht ohne Tragik, daß nun Abel selbst die Verteidigung des Blattes übernahm. Er bestritt dem König gegenüber⁷, daß die von Preußen gerügten

¹ KA II.² z. B. in den Briefen vom 21. und 24. Dezember 1840 an Abel. KA II.³ Mitteilung der Regierung von Unterfranken an den Minister des Innern vom 3. April 1840. KA II.⁴ Die Akten darüber in KA II.⁵ Der Brief ist Nachlaß Ludwigs I. (Geh. Hausarchiv, München).⁶ Die Noten vom 9. Oktober und 2. Dezember sind in KA II.⁷ Antrag vom 9. Dezember. KA II.

Aufsätze irgendwie die Regierung des befreundeten Staates befeindeten, sie richteten sich gegen Kirchenbehörden, die allein dem Papst unterständen, und gegen eine vom Apostolischen Stuhl längst verworfene Häresie. Leider aber gab dann der Minister, in allzu großer Nachgiebigkeit gegen die Wünsche des Monarchen, selbst den Weg zur Beseitigung der letzten schwachen Reste von Freiheit an, die dem „Fränkischen Courier“ und den andern katholischen Blättern Bayerns noch belassen waren.

Um diese Maßregel zu verstehen, muß man der Ereignisse der Zeitgeschichte eingedenk bleiben. 1839/40 hatte Frankreich in den orientalischen Händeln eine diplomatische Schlappe erlitten, Thiers suchte der innern Erregung in seinem Vaterlande durch die alte Losung Frankreichs „An den Rhein“, Herr zu werden. Eine gewaltige nationale Gegenbewegung erfaßte ganz Deutschland. Die Kriegsgefahr zwang die deutschen Staaten, alles Trennende zu beseitigen. Ludwig I., dieser deutsch gesinnte Fürst, war immer mehr als alle andern Fürsten Deutschlands für einiges Zusammenstehen der Bundesregierungen eingetreten. Jetzt war Bayern obendrein durch die Pfalz auf die Bundestreue aller angewiesen. So ist es kein Wunder, daß alle Erlasse gegen preußenfeindliche Äußerungen des „Fränkischen Couriers“ 1840 immer auch dieses vaterländische Motiv betonen.

Dazu war im Juni 1840 in Preußen auf den engprotestantischen Friedrich Wilhelm III. der Schwager und Freund Ludwigs I., Friedrich Wilhelm IV., gefolgt. Wie so viele Katholiken erwartete auch der Bayernkönig von ihm die Beilegung des preußischen Kirchenstreites; sofort begann er in diesem Sinn auf ihn einzuwirken, und tatsächlich war ihm dabei eine entscheidende Vermittlerrolle beschieden.

Im Banne dieser Geschehnisse erließ Ludwig I. am 17. Dezember 1840 nach dem Eintreffen der zweiten Wertherschen Note das folgende Signat¹:

„Nicht einmal von der teutschen Sache zu reden, so wird der katholischen geschadet, wenn dermalen fortgefahren wird, Nachtheiliges über die kirchlichen Angelegenheiten in Preußen zu sagen, dennoch will ich Antrag haben wie ohne Verfassungsverletzung für einstweilen dieses zu verhindern.“

Abel nahm zwar, wie wir gehört, den „Fränkischen Courier“ in Schutz, schlug aber zugleich vor, allen katholischen Blättern für die nächste Zeit während der Verhandlungen zwischen Preußen und Rom die „größte Umsicht bei der Besprechung der kirchlichen Zustände in Preußen“ zur Pflicht zu machen und ihnen jede nur irgend aufregende Erörterung zu verbieten; das sei ohne Verfassungsverletzung durch das Zensurrecht des Staates ohne weiteres möglich.

In seinem Signat vom 20. Dezember 1840 bestimmte nun der König² für alle periodischen Blätter des Landes, daß vorläufig bis zum 1. April 1841 kein „Tadel über etwas auf das Kirchenwesen in dem Königreich Preußen, sowohl in Beziehung auf die Gegenwart noch auch die Vergangenheit enthalten sein“ dürfe. Am 22. Dezember setzte Abel die katholischen Zeitungen von dem Willen des Herrschers unter eingehender Begründung vertraulich in Kenntnis. Wegen der langen Dauer der Verhandlungen über die Beilegung des preußischen Kirchenkonfliktes wurde die Anordnung später öfters ver-

¹ KA II.

² Auf den Antrag Abels vom 9. Dezember.

längert. Der Minister hat mehrmals umsonst versucht, Ludwig I. zu ihrer Aufhebung zu bestimmen¹. Sie blieb bis zum vollen Abschluß des Kölner Streites, bis zum Juli 1842 in Kraft² und hat anderthalb Jahre den katholischen Zeitungen Bayerns jede Erörterung kirchlicher Dinge Preußens unmöglich gemacht³.

Die Zensur gegenüber dem „Fränkischen Courier“ war in diesem letzten Jahre seines Erscheinens unerbittlich, und jeder Übergriff wurde von ihr mit Geldstrafen unnachsichtlich geahndet⁴. Umsonst waren lange Beschwerdeschriften seitens Zanders und des Redakteurs⁵, vergebens wiesen sie auf den unvermeidlichen Untergang des Unternehmens hin, wenn ihnen keine größere Freiheit gegeben würde. Abel griff wohl ein, als Zander sachliche Mißstände der Zensur anzeigte. Die Strenge der Zensur selbst aber wurde um nichts herabgesetzt. Ja, der Minister begnügte sich nicht mehr mit bloßen Rügen, er verhängte selbst mehrfach Geldstrafen gegen Zensor und Redaktion⁶. Das eingeschüchterte Regierungspräsidium griff nun zweimal zu einem äußersten Mittel, als der Zensor bedenkliche Artikel hatte durchgehen lassen. Es ließ die Zeitung vor der Ausgabe beschlagnahmen⁷. Die Beschwerden des Verlags bezeugen, wie bitter diese Maßregel, die bisher nur liberalen Blättern gegenüber angewandt worden war, von den Beteiligten empfunden wurde. Sie erreichten in einem Fall auch die Aufhebung der Anordnung⁸. Trotz aller Wachsamkeit entging den Würzburger Aufsichtsorganen doch noch ein Aufsatz gegen die mehr liberal gerichteten Minister des preußischen Kabinetts. Ein Zettel mit Bleistiftnotizen Abels zeigt deutlich, wie sehr ihn diese Unaufmerksamkeit der Zensur empört hat⁹. Er tadelte das Versäumnis in einem Reskript vom 21. September 1841 mit den denkbar schärfsten Ausdrücken und

¹ Er versuchte es zuerst am 30. Juni 1841, erhielt aber nur eine Rüge, daß er gegen den Befehl des Königs so spät erst auf die Verlängerungssache eingehe. Einen zweiten Vorstoß machte Abel am 26. August mit der Begründung, daß die preußisch-römischen Verhandlungen ja doch nicht vorwärtst kämen. Ludwig I. entschied kurz für Verlängerung. KA II.

² Die Genehmigung des Königs ist vom 1. Juli. Ludwig unterließ aber doch nicht beizufügen, daß man ein sehr „wachsamcs Auge auf Zander, den Prof. Müller und Gleichgesinnte haben müsse.“ KA II.

³ Unter den Zensurakten liegt auch ein langer Brief von Phillips von 1841, der die Maßregel im Interesse der „Hist.-Pol. Blätter“ und der ganzen katholischen Sache beklagt. König Ludwig teilte am 6. Juli 1841 Abel mit, daß der preußische Gesandte zugegeben habe, daß bis Mai in dem „Fränkischen Courier“ nichts Preußenfeindliches erschienen sei, daß nun aber die alte Tonart wieder beginne. KA II.

⁴ In KA III liegt ein Verzeichnis der 1841 gegen Goßmann verhängten Geldstrafen, sie erreichten 101 Gulden.

⁵ Z. B. vom 30. April, 21. u. 26. Dezember 1841. KA II.

⁶ So verhängte z. B. Abel am 16. Mai 1841 eine Buße von 25 Gulden über den Zensor wegen eines Artikels über Zustände in der Erzdiözese Posen. KA II.

⁷ Beschlagnahmt wurden vom „Fränkischen Courier“ im August 1841 die Nr. 210 u. 218. KA II.

⁸ Ministerialentscheidung vom 13. September 1841. KA II.

⁹ Die für die Betrachtungsweise Abels sehr bezeichnenden Stellen lauten: „Es ist ungreiflich, wie die Zensur einen solchen Artikel passieren lassen kann, in welchem bedeutende preußische Staatsmänner angegriffen und Tatsachen veröffentlicht werden, für deren Wahrheit unmöglich irgend eine Bürgschaft bestehen kann. So muß die Regierung kompromittiert werden. Keine Zensurinspektion kann alles voraussehen. Takt ist überall, am meisten bei der Führung der Zensur, erfordert.“ KA II.

übertrug die Zensur der Zeitung — so weit führte schließlich dieses System — an den obersten Beamten der Provinz, den Präsidenten von Unterfranken¹.

Gleich hinter dem Aktenstück mit dieser Beauftragung liegt eine kurze Mitteilung des Stadtkommissariats in Würzburg ohne Datum: „Der ‚Fränkische Courier‘, welcher in letzter Zeit von Dr. Gofmann allhier redigiert wurde, hat samt dem Unterhaltungsblatt mit dem 9. Dezember 1841 zu erscheinen aufgehört.“ Was hat das plötzliche Ende der Zeitung veranlaßt?

Die späteren Akten über die Wiedererweckung des „Fränkischen Couriers“ geben volle Klarheit. In einem Bericht Abels an den König vom 17. Dezember² 1841 steht die Meldung, daß Zander dem unmittelbaren Beschluß des Königs gemäß am 11. Dezember 1841 von Würzburg nach Kleinheubach, wo er Heimatsrecht besaß, abgeschoben worden sei. Seit seiner Abreise sei kein Blatt des „Fränkischen Couriers“ mehr ausgegeben worden.

Was hat aber den König zu dieser Maßregel bewogen? In dem gleichen Bericht sagt Abel, „er habe es gewagt, einen von der Zensur teilweise gestrichenen Artikel über das Ableben der Königin Karoline besonders abzudrucken“. Die Königin-Witwe Karoline, die Stiefmutter Ludwigs I., die von ihm hochverehrt wurde, war Protestantin. Die Forderungen des Königs bei ihrem Begräbnis haben die Bischöfe und Geistlichen, wie bekannt, in die peinlichste Lage gebracht. Mit scharfen Augen und gekränktem monarchischen Selbstbewußtsein hat der Herrscher jede Äußerung über die Konfession der Entschlafenen argwöhnisch verfolgt. Was Zander dazu geschrieben hat, ist nicht zu ermitteln. In einem Artikel aus der „Oberdeutschen Zeitung“ vom 2. Februar 1842, Nr. 28³, der von dem Journalisten unzweifelhaft selbst herrührt, werden aber die Folgen der ganzen Sache dargestellt. Zander verwahrt sich dort dagegen, daß er Gehässigkeiten gegen die Königin ausgesprochen habe, er habe im Gegenteil ihre aufopfernde Wohltätigkeit gepriesen. Er wehrt sich dann weiter, daß er den beanstandeten Artikel öffentlich verbreitet habe, er habe ihn nur in versiegelten Briefen an wenige Personen versandt, um boshaften Gerüchten über die Suspension seines Blattes zu begegnen. Aus allem ergibt sich wohl, daß die Zeitung wegen des Artikels verboten und Zander selbst wegen Verbreitung dieses Artikels aus Würzburg verwiesen worden ist.

So endete der zweite Versuch zur Gründung einer großen katholischen Zeitung in Würzburg auf klägliche Weise. Der „Fränkische Courier“ ist gescheitert an den Übertreibungen der Zensur, an so manchen Schwächen seines Hauptleiters und an dem Mangel an Mitteln. Sein Untergang aber war unverdient hart nach so vielen idealen Kämpfen und Opfern im Dienst einer großen Sache, er ist geradezu tragisch, weil er einer so eifrig katholischen Regierung zum guten Teil zur Last fällt⁴.

Joseph Grisar S. J.

¹ KA II.

² KA III.

³ Die Nummer liegt in KA III bei. Präsident Graf Fugger-Blött, der sie an Abel gesandt hat, meint im Begleitbrief vom 9. Februar, daß der Artikel aus Zanders Umgebung stamme.

⁴ Schon im Januar 1842 wurden ernste Schritte unternommen, den „Fränkischen Courier“ wieder ins Leben zu rufen. Trotzdem sie schon weit gefördert waren, sind sie doch schließlich gescheitert. An anderer Stelle soll dieser für die katholische Pressegeschichte sehr lehrreiche Abschnitt zur Darstellung kommen. Aus dem Gesagten ergibt sich übrigens, daß der heute in Nürnberg erscheinende „Fränkische Courier“ mit dem in Würzburg erschienenen nur den Namen gemeinsam hat und eine selbständige neue Zeitung ist.